

# Iran Heute

Nr. 11/2025

Newsletter und Analyse über die aktuelle Situation im Iran,  
die politische Opposition und die Zukunft

Erstellt von: Parteibüro der Iran Novin Partei

[Kontakt: diplomacy@irannovin.party](mailto:diplomacy@irannovin.party)

حزب ایران نوین

- I. **Innenpolitik**  
Eine fragwürdige Scheidung
  
- II. **Außenpolitik**  
Frieden im Nahen Osten
  
- III. **Kurze Chronik**  
Iran von 1980 bis heute
  
- III **Ereignistafel**  
Iran Oktober 2025

Mit Iran Heute stellt die Iran Novin Partei eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse im Iran in deutscher Sprache zur Verfügung. Die vorliegenden Texte basieren auf Beobachtungen der gesellschaftlichen, politischen sowie wirtschaftlichen Realitäten im Iran und in der Opposition im In- und Ausland.

Impressum:

Hrsg.: Iran Novin Partei

Autoren: Bahman Hamedebarghi, A. Khanedani, Jasmin Blanc Bärtsch  
Firooznia

Redaktion: Büro für politische und diplomatische Beziehungen

Iran Novin Partei

Paris

Website: <https://irannovin.party>

## Eine fragwürdige Scheidung

A. Khanedani

Der Zirkus, der aktuell im Machtapparat losgetreten wurde, ist ein absolutes Novum in der Islamischen Republik. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass die derzeitigen rasanten Entwicklungen, der ultimative Kampf um Khameinis Erbe ist. Schaut man aber genauer hin, ist es nicht mehr zu übersehen, dass die zuvor oft beschriebenen Risse im Regime, nun zu einem nicht wieder herstellbaren Bruch geworden sind. Die verschiedenen mafiösen Banden in der Islamischen Republik, sind tatkräftig dabei, sich nicht nur gegenseitig aus dem Spiel zu nehmen, es scheint, dass die Revolution gerade ihre eigenen Kinder frisst.

Dabei fiel zunächst noch ein reger Verkehr zwischen Teheran und Moskau im Monat Oktober auf, mit der überbrachten, inständigen Bitte der Ayatollahs, dass Putin der Islamischen Republik doch zu Hilfe eilen möge. Diese Bitte Khameneis wurde in Moskau gehört und Putin erwähnte wohlwollend daraufhin im staatlichen russischen Fernsehsender, dass die Islamische Republik Russlands Partner sei. Darüber hinaus gab es ein gemeinsames Statement von Russland, China und dem Islamischen Regime, die UN möge den Snapback zurücknehmen, denn der Vorstoß der E3 diesbezüglich sei illegal. Allerdings verhallte dieses Statement.

Khameini zeigte sich wieder einmal öffentlich und äußerte in einer Rede, dass Präsident Trump ruhig in dem Glauben bleiben solle, er habe die atomaren Fähigkeiten des Regimes zerstört. Und überhaupt, Verhandlungen mit den USA seien für die Islamische Republik nicht gewinnbringend. Die Antwort aus den USA ließ nicht lange auf sich warten. Präsident Trump erhöhte die Hürde für Teheran daraufhin und fordert nun zusätzlich vom Regime das uneingeschränkte Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Letztlich begann der Streit im Machtapparat mit einer Rede von Javad Sarif, dem stets lächelnden Aushängeschild des Regimes für alle Fälle und ehemaligen Außenminister unter Präsident Rohani. In dieser Ansprache behauptete Sarif, dass Russland für die Islamische Republik nichts Gutes im Sinn habe und das einzige Ziel Russlands sei es, die Islamische Republik von guten Beziehungen zur Welt abzuhalten. Wohlweislich verschwieg Sarif, dass nichts in diesem Regime ohne Absegnung und Zustimmung vom Obersten Führer geschieht und nichts ohne Kalkül des innersten Kreises um Khameini und seine Revolutionsgarden erfolgt. Dies betrifft auch seine und Rohanis Amtszeit. Verschwiegen wurde auch, dass unter Rohani und Sarif, die Beziehung zu Moskau intensiviert wurden. Am 14. Februar 2019, am Rande eines Gipfels in Sotschi/Russland, lobte Rohani die Zusammenarbeit mit Moskau und betonte überschwänglich die bilateralen Beziehungen beider Länder. Man gehe zügig in Richtung einer strategischen Beziehung. Dies betreffe die enge Zusammenarbeit in der Causa Syrien, aber auch die Transaktionen der Landeswährungen beider Länder seien ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Im Gegenzug dankte Putin Rohani für den tatkräftigen Beitrag der Islamischen Republik in Assads Syrien.

Die Retourkutsche auf Sarifs Äußerungen folgte prompt. In einem TV-Interview sagte Shamkhani, engster Vertrauter vom obersten Führer und tief korrupter Oligarch, dass Rohani zu seiner Zeit als Präsident des Staates, sehr wohl vom gezielten Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine am 8. Januar 2020, durch die Revolutionsgarden gewusst habe. 176

unschuldige Kinder, Frauen und Männer wurden an diesem Abend auf einen Schlag getötet. Rohani hatte stets behauptet, erst am darauffolgenden Tag von dem Abschuss erfahren zu haben und seine Hände stets in Unschuld gewaschen.

Es scheint, dass der Snapback Mechanismus fleißig seine Arbeit verrichtet, rüttelt er doch an den existentiellen Grundlagen der Revolutionswächter, die weite Bereiche der Wirtschaft kontrollieren und sich seit Jahrzehnten an ihr bereichern. Der Snapback hat dieses Konstrukt nun erheblich ins Wanken gebracht, was die Panikattacken nur noch verstärkt.

Derweil kollabieren die Banken, steigen die Preise für Lebensmittel ins Unermessliche und die verzweifelten Menschen versammeln sich immer öfter in Gruppen auf den Straßen zu Protesten gegen die klerikalen Herrschenden. Auch das Regime weiß sehr genau, dass dies sein Ende ist. Und so sagte ein Abgeordneter im Teheraner Parlament kürzlich: «Wir wissen, dass es zu einer Revolution kommen wird. Wir wissen nur nicht genau wann.» Die zunehmende Nervosität und Angst der Islamistischen Diktatur vor dem Untergang ist nicht mehr zu übersehen.

Trotzig verweigert das Regime jegliche Verhandlungen mit den USA, lehnt eine Auslieferung des auf 60% angereicherten Urans konsequent ab, beharrt auf Atomanlagen und setzt so als Rettung zum eigenen Überleben lieber auf eine militärische Auseinandersetzung. Der verzweifelte Balanceakt des Regimes zwischen nicht mehr im Frieden sein, aber auch noch nicht im Krieg, ist ein schmaler. Wer meint, dass die sogenannten Reformer um Rohani und Sarif einen grundlegend anderen Kurs im Sinn haben, der irrt. Beide Lager gehören zum selben System. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die derzeitigen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Lagern im Regime, lediglich dazu dienen, die Menschen vom eigentlichen abzulenken. Nämlich sich gegen die Machthaber zu erheben.

Zu all dem warnte Raphael Grossi Teheran erneut, die Zusammenarbeit mit der internationalen Atombehörde ernst zu nehmen, das angereicherte Uran auszuhändigen und direkte Verhandlungen mit den USA zügig aufzunehmen. Denn sollte die Diplomatie scheitern, sei ein militärischer Angriff auf die Islamische Republik folgeschwer. Die scharfe Antwort von Außenminister Araghchi folgte umgehend. Von einem Journalisten auf die Aussage Grossis angesprochen, verlautet er, dass Grossi und alle anderen wissen sollten, dass die Wiederholung einer gescheiterten Erfahrung, kein anderes Ergebnis haben werde als ein erneutes Scheitern.

Neue Satellitenbilder zeigen, dass in der Nähe der Atomanlage Natanz das Regime tiefe Tunnel baut. Das Center for Strategic and International Studies (CSIS) ist in seinem Analysebericht zu den neuesten Satellitenbildern zu dem Ergebnis gekommen, dass es Anzeichen dafür gibt, dass die Islamische Republik ihre nukleare Aktivität wieder aufgenommen habe. Zeitgleich erklärte das Regime all seine Verpflichtungen im Rahmen des Atomabkommens und die Aufsicht der internationalen Atombehörde über ihr Atomprogramm für beendet.

In diesen Tagen feiern wir Iranerinnen und Iraner im In- und im Ausland den Tag von Kyros dem Großen, den Gründungsvater des Achämenidenreiches und unserer iranischen Zivilisation. Kyros der Große war nicht nur ein brillanter Militärstrategie, er vereinte alle iranischen Stämme zu einem Reich. Eine bis heute nachhallende Tat aber war die Befreiung der Jüdinnen und Juden, die nach der Eroberung Jerusalems von König Nebukadnezar dem II. ins Exil nach Babylon geschickt worden waren. Es war Kyros der Große, der den Jüdinnen und Juden nach der

Eroberung Babylons gestattete, in ihr gelobtes Land zurückzukehren. Der Grundstein einer anhaltenden Freundschaft war gelegt.

In diesen Zeiten erinnert uns Kyros der Große mehr als jemals zuvor an unsere wahren Werte: Toleranz, Menschlichkeit und Feingefühl gegenüber allen Völkern.

## Frieden im Nahen Osten

Jasmin Blanc Bärtsch Firooznia

Mit der Errichtung der Islamischen Republik 1979 im Iran wurde erstmals ein Staat geschaffen, der Gewalt, Unterdrückung und den Export des extremistischen Islam legitimiert und in die Welt exportiert. Das islamistische Regime in Teheran unterstützt mit den immensen Ressourcen des Landes radikale islamische Zellen auf der ganzen Welt. Der radikale Islam, ob schiitischer oder sunnitischer Prägung, ist seitdem die grösste Bedrohung für Freiheit und Demokratie speziell im Nahen Osten und darüber hinaus. Er hat nicht nur den Iran in ein autoritäres Gefängnis verwandelt, sondern auch in Gaza, Syrien, Libanon, Jemen und Irak zerstörerische Spuren hinterlassen und Europa und Amerika infiltrierte.

In den letzten Jahren hat sich unter der Führung von Präsident Donald Trump ein neuer politischer Realismus etabliert. Trump, der nach seiner Wiederwahl entschlossen an einer dauerhaften Friedensordnung im Nahen Osten arbeitet, hat mit den Abraham-Abkommen die Grundlage für eine neue Ära geschaffen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten haben Israel und mehrere arabische Staaten – darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Marokko – diplomatische Beziehungen aufgenommen. Dieser Schritt war nicht nur ein diplomatischer Erfolg, sondern beinhaltet auch ein langfristig strategisches Ziel. Frieden im Nahen Osten kann nur auf der Grundlage von Realismus, Sicherheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit entstehen – nicht durch die Beschwichtigung extremistischer Regime.

Trumps Team hat den Mut bewiesen, neue Wege zu gehen. Statt der alten Illusion, man könne die Islamische Republik durch Dialog zähmen, setzt es auf Druck, auf Sanktionen und auf die Stärkung jener Staaten, die bereit sind, Verantwortung für Frieden und Entwicklung zu übernehmen.

Die jüngste Befreiung israelischer Geiseln aus den Händen der Hamas hat eindrucksvoll gezeigt, dass nur entschlossenes Handeln von Extremisten verstanden wird. Sie war nicht nur ein militärischer Erfolg, sondern ein klares politisches Signal. Der Westen darf sich vom Terror nicht erpressen lassen. Die Einsatzbereitschaft der USA und Israels hat deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Islamismus nicht nur Verteidigung, sondern eine Verpflichtung ist.

In diesem Kontext hat auch der jüngste Friedensplan zur Entwaffnung der Hamas eine historische Bedeutung. Zum ersten Mal ziehen die Vereinigten Staaten gemeinsam mit Ländern wie Ägypten, der Türkei, Jordanien, Marokko, Indonesien und den Golfstaaten an einem Strang, um den Wiederaufbau und die Entmilitarisierung des Gazastreifens zu sichern. Das Ziel ist klar. Gaza soll nicht länger ein Schlachtfeld im Dienst der Islamischen Republik bleiben, sondern ein Ort des Lebens, des Handels und der internationalen Zusammenarbeit werden. Diese Initiative zeigt, wie anspruchsvoll es ist, Frieden im Nahen Osten umzusetzen. Probleme aufzeigen und Nichtstun sind aber nicht die Lösung. Es ist möglich zu handeln, wenn regionale Verantwortung und globale Entschlossenheit zusammenfinden. Der Schlüssel liegt in der Entwaffnung extremistischer Gruppen und im Aufbau ziviler Strukturen, die das Elend der Bevölkerung beenden, ohne den Terror zu belohnen.

Israel, das seit seiner Gründung unter der permanenten Bedrohung des islamistischen Terrors

steht, erkennt diese Realität klarer als viele westliche Hauptstädte. Premierminister Benjamin Netanyahu hat immer wieder betont, dass das Regime in Teheran weder reformfähig noch kompromissbereit ist. Es verfolgt weiterhin das Ziel, Israel zu vernichten und den Nahen Osten nach dem Modell der islamischen Revolution zu formen. Jede Friedensinitiative, die diese Tatsache ignoriert, bleibt Illusion.

Die Vereinigten Staaten zeigen unter Präsident Trump derzeit eine beispiellose militärische und diplomatische Präsenz in der Region – nicht, um Krieg zu suchen, sondern um Frieden zu erzwingen. Flugzeugträger, Abwehrsysteme und Spezialkräfte sichern die Region und dienen der Abschreckung. Washington setzt auf Stärke, weil Schwäche im Nahen Osten immer zu Gewalt führt.

Doch echter Frieden kann nur entstehen, wenn die islamistische Ideologie selbst überwunden wird – nicht nur in Teheran, sondern auch in Gaza, Beirut, Sanaa und Damaskus. Die Proxys, die vom iranischen Regime finanziert und ideologisch gespeist werden, sind Werkzeuge eines Systems, das von Chaos lebt. Frieden im Nahen Osten erfordert daher nicht nur die Eindämmung des iranischen Regimes, sondern den Aufbau einer neuen politischen Ordnung, in der Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und gegenseitige Anerkennung die Grundlage bilden.

Der Liberalismus, der die Grundlage moderner Demokratien bildet, steht in direktem Gegensatz zu jeder Form religiöser oder politischer Diktatur. Die islamistische Bewegung und ihre Verbündeten in autoritären Staaten – ob in Russland, China oder Teilen der arabischen Welt – bedrohen die offene Gesellschaft durch Desinformation, Unterwanderung und Gewalt. Der Kampf für Frieden im Nahen Osten ist daher auch ein Kampf um die Verteidigung der Demokratie weltweit.

Die Welt darf sich nicht täuschen. Der Islamismus bedroht Israel nicht allein, sondern die gesamte internationale Ordnung. Nur wenn die freie Welt geeint handelt – mit Entschlossenheit, Mut und Klarheit – kann das Licht des Friedens die Dunkelheit des Fanatismus besiegen.

Doch der Frieden im Nahen Osten ist untrennbar mit der Zukunft des iranischen Volkes verbunden. Der Wandel im Iran wird von innen getragen – von einem mutigen Volk, das seit Jahrzehnten für Freiheit, Gleichheit und nationale Würde kämpft. Inzwischen formiert sich eine Koalition demokratischer und republikanischer Kräfte, die jenseits von Ideologie und Parteiinteressen an einem gemeinsamen Ziel arbeitet. Die Errichtung eines säkularen, modernen und friedlichen Iran.

Die Iran Novin Partei steht für die Freiheitsbewegung der Iranerinnen und Iraner mit Reza Pahlavi als Moderator des Übergangs ein. Ein geeinter, demokratischer Iran – befreit vom islamistischen System – wird der Schlüssel zu einem echten, dauerhaften Frieden im Nahen Osten sein und zum Wiedererwachen jener zivilisatorischen Kraft führen, die seit Jahrtausenden immer wieder aus dem Herzen Persiens strahlt.

## Iran von 1980 bis heute

Bahman Hamedebarghi

Am Ende des 19. Jahrhunderts befand sich Iran unter der Kadscharendynastie in einem Zustand tiefer Krise. Das Land war von extremer Korruption durch die Kadscharen-Prinzen und die Mullahs geprägt. Während sich die herrschenden Eliten bereicherten, lebte die breite Bevölkerung in bitterster Armut. Staatliche Institutionen waren schwach, die politische Ordnung instabil, und große Teile des Landes standen unter direktem oder indirektem Einfluss von Großbritannien und Russland. Iran war de facto ein Spielball fremder Mächte und gleichzeitig von innen heraus so instabil, dass seine staatliche Existenz gefährdet war.

1921 trat Reza Khan hervor, ein Offizier, der durch entschlossenes Handeln die politische Stabilität wiederherstellte und 1925 vom Parlament als Reza Schah Pahlavi bestätigt wurde.

Mit ihm begann die entscheidende Wende in der modernen iranischen Geschichte. Reza Schah schuf überhaupt erst die Grundlagen eines modernen iranischen Staates. Unter seiner Herrschaft wurde die Korruption, die das Land seit der Kadscharenzeit gelähmt hatte, stark reduziert, und er stellte Sicherheit und Ordnung wieder her. Straßenräuber, Stammesaufstände und die allgemeine Unsicherheit wurden beendet. Er stärkte die staatliche Autorität und begrenzte den direkten Einfluss der Geistlichkeit auf politische Entscheidungen, wodurch der Iran moderner und zentralisierter wurde. Auch, die politische Macht der anglophilen und russophilen Kräfte, die Iran zu einer Marionette der Großmächte gemacht hatten, wurde zurückgedrängt. Zugleich legte er großen Wert auf Modernisierung: Er baute Eisenbahnen, Schulen und staatliche Institutionen auf. Frauen erhielten erstmals in der iranischen Geschichte bestimmte Rechte, darunter Zugang zu Bildung und eine Rolle im öffentlichen Leben. Mit Reza Schah begann der Aufbau des modernen Iran, wie wir ihn heute kennen.

1941 kam es jedoch zu einem tiefen Einschnitt. Im Zweiten Weltkrieg besetzten die Alliierten Iran, um Nachschubwege in die Sowjetunion zu sichern. Reza Schah wurde gezwungen, abzudanken und ins Exil zu gehen. Sein Sohn, Mohammad Reza Pahlavi, folgte ihm auf den Thron.

In den frühen 1950er Jahren betrat Mohammad Mossadegh die politische Bühne. Mossadegh, selbst ein Kadscharenprinz, der 1951 vom Shah zum Premierminister ernannt wurde, profilierte sich mit der Verstaatlichung der iranischen Ölindustrie. Doch sein Ziel war nicht nur die Öl Frage, sondern auch der Versuch, die Macht an sich zu reißen, die Verfassung auszuhebeln und die Pahlavi-Dynastie zu stürzen. Mossadegh wurden enge Verbindungen zu Fadaiyan-e Eslam, einer extremistischen islamistischen Gruppe, die für mehrere Attentate auf politische Persönlichkeiten verantwortlich war, nachgesagt. Seine Politik war populistisch und abenteuerlich, führte das Land in eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise und isolierte es international. 1953 löste er das Parlament auf und versuchte, in einem Staatsstreich die Pahlavi-Dynastie abzusetzen. Der Schah jedoch sicherte die Monarchie und die Geltung der Verfassung.

Die 1960er und 1970er Jahre standen unter dem Zeichen von Modernisierung und wachsendem Wohlstand. Mohammad Reza Schah initiierte die „Weiße Revolution“, ein

umfassendes Reformprogramm, das Landreformen, Bildungsinitiativen und Frauenrechte beinhaltete. Iran entwickelte sich in dieser Zeit zu einem modernen, aufstrebenden Staat. Gleichzeitig war der Schah mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Die Sowjetunion versuchte mit großem Nachdruck, Iran in den sozialistischen Block zu ziehen und unterstützte kommunistische Gruppierungen, darunter auch terroristische Organisationen, die das Ziel hatten, den Schah zu stürzen. Auf der anderen Seite standen pro-Mossadegh-Anhänger, islamistische Gruppen und traditionelle Mullahs, die die Modernisierung des Landes ablehnten. Diese ansonsten sehr unterschiedlichen Strömungen verband der gemeinsame Wille, den Schah zu stürzen. Dabei spielten auch internationale Einflüsse eine Rolle: Sogar US-Präsident Jimmy Carter unterstützte Khomeini mit Geld und politischem Einfluss.

1979 kam es zur Revolution. Der Schah verließ das Land, und Khomeini kehrte aus dem Exil zurück. Viele Linke und Pro-Mossadegh-Gruppierungen glaubten, sie könnten Khomeini nach dem Sturz des Schahs schnell wieder loswerden.

Bald zeigte sich, dass die Islamisten nicht nur die Monarchie beseitigen wollten, sondern auch ihre vermeintlichen Verbündeten. Zunächst wurden viele nationalistische Schah-Anhänger brutal ermordet. Anschließend wandte sich das Regime gegen die Linken und pro-Mossadegh-Gruppierungen und liquidierte auch diese. So errichteten die Islamisten die totalitäre Islamische Republik, die bis heute besteht.

Kurz nach der Revolution brach 1980 der Iran-Irak-Krieg aus. Saddam Hussein griff Iran an, in der Hoffnung, das neue Regime schwächen zu können. Der Krieg dauerte acht Jahre, kostete Millionen Menschenleben und brachte unermessliche Zerstörungen. Am Ende blieben die Grenzen unverändert, aber Iran und Irak waren wirtschaftlich und gesellschaftlich schwer verwüstet.

In den 1990er Jahren wuchs die Unzufriedenheit mit dem Regime. Viele Iraner wünschten sich eine Rückkehr zu einem normalen Leben wie vor der Revolution. Präsident Khatami versuchte einige Reformen, doch die konservativen Kräfte blockierten jegliche Reformansätze.

In den 2000er Jahren gewann Mahmoud Ahmadinejad die Präsidentschaft. Er verschärfte die internationale Isolation des Landes durch eine aggressive Rhetorik und eine harte Linie im Atomprogramm. Im Inneren setzte er auf strikte Repression. Besonders nach den Protesten von 2009, der sogenannten Grünen Bewegung, zeigte das Regime seine Härte.

Die Islamische Republik strebte nach einer Atombombe, und 2015 kam es zu einem Atomdeal (JCPOA) mit den Weltmächten. Dieser Vertrag sollte in der Theorie verhindern, dass die Islamische Republik Atomwaffen entwickelt, indem bestimmte Aktivitäten begrenzt und internationale Kontrollen zugelassen wurden. In der Praxis jedoch verschaffte das Abkommen dem Regime massiven finanziellen Spielraum: eingefrorene Gelder wurden durch Obama freigegeben, Sanktionen teilweise aufgehoben, und damit erhielt das Regime Milliarden, die weniger der Bevölkerung zugutekamen als vielmehr der Finanzierung von Revolutionsgarden, regionalen Milizen und der Verfolgung innerer Gegner. Zugleich nutzte Teheran die strukturellen Schwächen des Abkommens und arbeitete im Verborgenen ungehindert an seinen Atomkapazitäten weiter. Das Abkommen wurde damit für das Regime zu einer doppelten Chance: internationale Legitimation nach außen, aber gleichzeitig verdeckte Fortschritte bei seinem eigentlichen Ziel - dem Bau einer Atombombe.

In den 2020er Jahren hat sich die Lage weiter zugespitzt. Nach dem gewaltsamen Tod von Mahsa Amini im Jahr 2022 kam es zu landesweiten Protesten, bei denen Millionen Iraner Freiheit, Frauenrechte und einen Sturz der Islamischen Republik forderten. Das Regime reagierte mit brutaler Gewalt. Dennoch gilt heute: Über 80 Prozent der Bevölkerung wünschen einen Regimewechsel. Besonders stark sind die Sympathien für die Nationalisten unter der Führung von Prinz Reza Pahlavi, die sich für einen modernen, säkularen und unabhängigen Iran einsetzen und auf die Wiederherstellung einer stabilen, freien und normalen Gesellschaft hinarbeiten. Dagegen haben linke Gruppen und besonders die marxistisch-islamische Volksmujahedin (MEK) keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung; ihr Rückhalt liegt bei deutlich unter 0,5 Prozent.

## Iran Oktober 2025

A. Khanedani

06. Oktober 2025

Mohammad Reza Arif, Vizepräsident der derzeitigen Regierung des Regimes, sagte auf einer Pressekonferenz, dass der UN-Generalsekretär Antonio Guterres ihm am Rande einer Konferenz der Vereinten Nationen mitgeteilt habe, dass die Causa «Sturz der Islamischen Republik» nach dem 12 Tage Krieg, nun geschlossen wurde. Antonio Guterres dementiert umgehend.

06. Oktober 2025

Der israelische Geheimdienst Shin Beth, hat im Westjordanland ein Komplott aufgedeckt und Sturmgewehre, Handgranaten, Drohnen, Sprengstoff und Panzerabwehrraketen beschlagnahmt. Das aufgedeckte Komplott führt direkt zu den Revolutionsgardisten (Garde Corps 4000) und Quds Brigaden des Regimes in Teheran. Aufgedeckt werden konnte dieses Komplott gegen Israel durch die Festnahme eines Waffenhändlers in Ramallah Monate zuvor.

07. Oktober 2025

Ahmad Bakhshayesh Ardestani, Mitglied des nationalen Sicherheits- und Außenpolitischen Ausschusses des Regimes, sagte im Hinblick auf die Beziehungen des Regimes und dem Westen, dass das Regime nur bis zum Ende der Präsidentschaft Trumps durchhalten müsse, um zu überleben. Zudem sagte er, dass die Raketenproduktion weiter ausgebaut wird und gab an, dass Verhandlungen über jegliche Einschränkungen in diesem Bereich für das Regime indiskutabel sind.

08. Oktober 2025

In den letzten zwölf Monaten hat das Regime in Teheran 1500 Menschen hingerichtet.

08. Oktober 2025

Ali Akbar Velayati, langjähriger Berater des Obersten Führers Khomeini und einer der Chefstrategen der «Achse des Widerstands» postete auf der sozialen Plattform X, dass der Waffenstillstand in Gaza das Ende des Waffenstillstands woanders bedeuten kann. Dieser Tweet war mit den Hashtags Iraq, Libanon und Jemen versehen.

08. Oktober 2025

Der russische Präsident Putin fordert in einem Statement eine diplomatische Lösung für die nuklearen Aktivitäten der Islamischen Republik.

09. Oktober 2025

Das Außenministerium der USA verlautet in einer Erklärung, dass die Islamische Republik der größte Unterstützer von Terrorismus weltweit sei. Dieses Statement erfolgte, nachdem in den USA ein Finanznetzwerk mit 8 Personen der Islamischen Republik, die über irakische Finanzkanäle verbunden waren, sanktioniert worden sind.

09. Oktober 2025

Die USA haben den Chef des irakischen Olympischen Komitees wegen Verbindungen zur Islamischen Republik sanktioniert.

09. Oktober 2025

Iran International berichtet, dass der Oberste Führer dem getöteten Hisbollah Führer Nasrollah ein persönliches Sicherheitsteam gesandt hatte.

9. Oktober 2025

Zwischen Sergej Lawrow, Außenminister Russlands und Javad Sarif, ehemaliger Außenminister des Regimes, ist eine Disput entbrannt um den Begriff des Ursprungs des Wortes Snapback. Dabei warf Sarif Russland vor, dass die rote Linie Russlands eine Normalisierung der Beziehung der Islamischen Republik zur westlichen Welt sei.

22. Oktober 2025

Der Sprecher des Außenministeriums des Regimes sagte auf einer Pressekonferenz, dass die Islamische Republik trotz vieler Feinde, international für „hohe Wellen“ sorgen könne.

22. Oktober 2025

Das Regime beendet die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atombehörde.

25. Oktober 2025

Die Islamische Republik bleibt, neben Nordkorea, auf der schwarzen Liste der Financial Action Task Force.

25. Oktober 2025

Bei einer Rede in Toronto zu Feierlichkeiten zum Tag des Kyros des Grossen, sagte Kornprinz Reza Pahlavi, dass das Zeitfenster zur Rettung des Iran nur begrenzt geöffnet ist. Jede Verzögerung kann das iranische Volk teuer zu stehen kommen.

26. Oktober 2025

Hessam Aldin, Mitarbeiter im Rohanilager, forderte die Befehlshaber der Revolutionswächter in einer Pressekonferenz auf, die «Büchse der Pandora» nicht zu öffnen und Geheimnisse nicht preiszugeben. In den letzten Wochen ist der interne Machtkampf zwischen den einzelnen Banden des Regimes eskaliert.

27. Oktober 2025

Der israelische Geheimdienst hat den Namen eines Mitglieds der Revolutionsgarden veröffentlicht, der federführend für Terroranschläge gegen jüdische Einrichtungen in Europa und Australien verantwortlich ist.

28. Oktober 2025

Neue Satellitenbilder zeigen, dass die Islamische Republik mit Hochdruck dabei ist, ihre nuklearen Aktivitäten wieder aufzunehmen.

29. Oktober 2025

Weltweit wird der Tag von Kyros dem Grossen von Iranerinnen und Iranern gefeiert.

30. Oktober 2025

Der Sprecher des Außenministers des Regimes warnt Raphael Grossi, er solle Abstand nehmen von grundlosen Behauptungen bezüglich des Atomprogramms.